

Heribert Prantl: Zorn ist der Anfang für eine bessere Welt

Es kann der Zorn sein, der die Kraft gibt, eine etwas bessere Welt zu schaffen – und möglichst damit bei sich selber anzufangen. Zorn ist der Anfang für eine bessere Welt und nicht lediglich die Voraussetzung für den Anfang; denn wer zornig ist, hat den naiven Glauben schon verloren, dass etwas „alternativlos“ sei, wie es die Politik so oft sagt; und das ist das Entscheidende.

Vor einiger Zeit gab es Leute, die einen höchst merkwürdigen Traum träumten. Sie wollten den Staat ganz klein schrumpfen - so klein, dass sie ihn „ins Badezimmer schleppen und in der Badewanne ersäufen“ können. Diesen Traum vom staatsbefreiten Markt, es war ein amerikanischer Traum, erzählten sie feixend in den Talkshows und ließen anschließend schon einmal das Wasser einlaufen. Von Leuten dieses Schlages, von Radikal-Neoliberalen und Radikal-Steuersenkern, haben sich Präsidenten, Kanzler und Staatschefs beraten lassen. Der vormalige US-Präsident George W. Bush hatte auch deswegen ein Ohr für sie, weil eine entfesselte und mit Ramschkrediten gedopte Immobilien-Industrie die horrenden Kosten seiner Außenpolitik innenpolitisch erträglich machte.

Als dann die Finanzkrise kam, wurde der Wasserhahn kurzfristig abgedreht und das Badezimmer zugesperrt. In der globalen Finanzkrise träumten die einstigen Badewannen-Mörder und ihre vielen Gehilfen, die es auch in Europa gab, nun, aus der Not geboren, nicht mehr vom schrumpfenden, sondern vom wachsenden Staat, von einem starken und hilfreichen Gemeinwesen, das sie und die maroden Banken in die Arme nimmt und ihren Bankrott abwendet. Aus der Staatsverspottung von gestern war über Nacht eine neue Staatsvergottung geworden. Waren die Groß-Manager konvertiert? Hatten sie abgeschworen? Hatten sie endlich eingesehen, dass der Neoliberalismus etwas ganz Entscheidendes verdrängt hatte: dass auch der Liberalismus von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Ohne einen starken Staat gibt es nämlich keinen Rechtsstaat, keine funktionierende Marktwirtschaft, keine Demokratie und keinen Sozialstaat, der für inneren Frieden sorgt.

Nein, mit dieser Einsicht war es nicht so weit her; der starke Staat war von der moribunden Finanzwirtschaft in Wahrheit nur als nützlicher Idiot gefragt: Der Staat sollte zunächst die angeschlagenen Flaggschiffe der Finanzwirtschaft in seine Docks schleppen und dort mit viel Geld reparieren, sie aber dann anschließend wieder in den kapitalistischen Ozean auslaufen lassen. So würden die kleinen Steuerzahler die Reparatur bezahlen, und die alte Besatzung und die alten Passagiere könnten wieder auf den alten Kurs gehen. Zum Teil ist das dann auch gelungen. Marode Banken wurden mit Steuermitteln gestützt und nach dem Schock der ersten Krise begann die Zockerei von neuem.

Der zornige bewahrt sich den Verstand

Das empört. Empörung über solche Zockerei gibt es schon in Bibel. Alle vier Evangelisten des Neuen Testaments berichten von der sogenannten Tempelreinigung. Die heißt ja nicht so, weil Jesus den Tempelboden geputzt hätte, sondern weil er falsche Einstellungen, den Geist der Habsucht, der Gier, den Geist der ökonomischen Exzesse aus dem Tempel hinauswarf. Jesus steht mit heiligem Zorn im Tempel, eine Geißel aus Stricken in der Hand, er stürzt die Tische um und wirft die Händler und Geldwechsler hinaus, die das „Haus des Vaters“ zur Räuberhöhle gemacht haben. Diese Szene fällt einem ein, wenn man die Exzesse des Ökonomismus studiert.

04-15: Warum wir den politischen Menschen brauchen

von: Prof. Dr. Heribert Prantl (Leitender Redakteur der SZ) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Der Weihnachtskrippen-Jesus ist ein putziges Kind; der Tempel-Jesus ein gefährlicher Mann. Die Schriftgelehrten suchten von diesem Ereignis im Tempel an nach einer Gelegenheit, ihn umzubringen. Der Zorn Gottes macht den Theologen bis heute gewisse Schwierigkeiten, weil er nicht zu passen scheint zur sanftmütigen Radikalität der Bergpredigt. Aber wenn Gott Mensch geworden ist, wie es die Weihnachtsgeschichte sagt, dann tut es gut, wenn dieser Mensch so menschlich reagiert – und damit auch den Zorn gegen den Finanzkapitalismus, der die Bürger gepackt hat, erhebt.

Der Zorn sei eine Todsünde, sagen Theologen. Der Zorn kann eine Christenpflicht sein, zeigt das Beispiel des Jesus – wenn er eine Leidenschaft ist, die aus dem Leiden wächst, aus der Trauer über erlittenes Unrecht. Dann reißt der Zorn die Trauer heraus aus der Depression; dann ist der Zorn das Gegenteil der verbreiteten Kann-man-eben-nichts-machen-Haltung; dann ist er etwas anderes als Wut. Ein Wüterich will sich abreagieren. Der Zornige will agieren. So ein Zorn gegen die Ungerechtigkeit steht in biblischer Tradition. Schon der Prophet Jesaia grollt: „Deine Fürsten sind eine Bande von Dieben, sie lassen sich gern bestechen und jammern Geschenken nach. Sie verschaffen den Waisen kein Recht, und die Sache der Witwen gelangt nicht vor sie.“ Auf dass wir uns nicht falsch verstehen: Jesus ist kein Wutbürger. Sein Zorn ist nicht zu verwechseln mit Wut. Ein Wüterich verliert den Kopf. Der Zornige bewahrt sich den Verstand.

Gott liebt die Zornigen, weil er die Lauheit hasst. Ja, Gott liebt die Zornigen. Aber „selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen“ – sagt die Bergpredigt.

Aber die Sanftmütigen brauchen dazu die Zornigen, die das Erdreich verändern. Und der Zorn braucht die Sanftmut, damit er nicht böse wird. Und die Sanftmut braucht den Zorn, damit sie nicht zur Harmlosigkeit verkommt.

„Wo der Wind sie hingetragen, ja das weiß kein Mensch zu sagen.“

Das Europäische Haus braucht den Tempel-Zorn. Es braucht den Zorn, der den falschen europäischen Geist austreibt. Die Schirme zur Rettung von Banken und Euro waren zig Milliarden groß; die Schirme, die über dem Euro aufgespannt werden, sind noch viel größer. Aber die Größe allein bringt es nicht. Jeder weiß, was ein guter Schirm braucht, der bei schwerem Wetter funktionieren soll: Er braucht einen festen Stock, an dem man ihn gut halten kann, und er braucht Speichen, die ihm Stabilität geben; je mehr solcher Streben er hat, umso wetterfester ist er. Schirme von der ungeheuren Größe, wie ihn die Rettungsschirme geschaffen haben, mögen von der Kanzlerin Angela Merkel und ein paar sonstigen Regierungschefs mit aller Kraft gerade noch aufgespannt werden können; wenn sie den Schirm dann allein festhalten wollen, wird es ihnen ergehen wie dem fliegenden Robert im Struwelpeter: Er rennt mit dem Schirm ins Ungewitter hinein und schon passiert es: „Seht! Den Schirm erfasst der Wind, und der Robert fliegt geschwind, durch die Luft so hoch, so weit; niemand hört ihn, wenn er schreit.“ Dann fliegt der Schirm mitsamt dem Robert durch die Wolken, und die Geschichte endet mit dem bitteren Satz: „Wo der Wind sie hingetragen, ja das weiß kein Mensch zu sagen.“

Den Regierungen der EU und der EU-Kommission in Brüssel wird es so ergehen, wenn sie glauben, sie könnten den Schirm allein halten. Sie brauchen dazu die Gesellschaften ihrer Länder, und sie brauchen das Vertrauen ihrer Bürger, weil erst dieses Vertrauen dem Schirm die Speichen einzieht. Die Europäische Union braucht das Vertrauen ihrer Bürger, und dieses Vertrauen tropft nicht einfach von den Rettungsschirmen herunter. Die Rettungsschirme für den Euro waren und sind unvorstellbare Milliardensummen groß. Aber die Größe allein bringt es nicht. In Europa wohnen ja nicht Euronen, sondern Menschen Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Union braucht das Vertrauen ihrer Bürger, und dieses Vertrauen tropft nicht einfach von den Rettungsschirmen herunter. Ohne dieses Vertrauen bleibt jeder Schutzschirm instabil; er flattert, reißt alles mit oder geht kaputt. Wie sehr das Vertrauen bereits geschädigt ist, konnte und kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab und gibt es wilden Beifall, wenn einer dann nur »500 Milliarden« sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur ein paar Knöpfe Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“

Die Bevölkerung büßt für die Schulden des griechischen Staates

Geld ist wichtig in Europa. Mit Geld kann man Europa gestalten, man kann es auch verunstalten und zerstören. Es gab und gibt ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Hektik der Spardiktate, die über die Südländer der EU verhängt wurden und der Apathie, wenn es um die Zählung des Finanzkapitalismus geht. Europa erleidet die Folgen der Alters- und Anti-Aging-Exzesse des Kapitalismus.

Die Griechen als Schuldner. Shakespeare hat in seinem »Kaufmann von Venedig« die archaische Vorstellung aufgegriffen, dass man Schulden auch mit einem Teil seines Körpers begleichen könne. Generationen von Interpreten, auch aus der Juristerei, haben sich mit dem Fall befasst. Der Geldverleiher Shylock besteht auf seinem ihm vertraglich eingeräumten Recht, aus seinem säumigen Schuldner, dem Kaufmann Antonio, ein Pfund Fleisch heraus zu schneiden.

Die Zunft der Juristen, hat viele Jahrzehnte über die Wirksamkeit des Geschäfts und den Urteilsspruch gestritten. Rudolf von Ihering, der große Rechtsgelehrte, vertrat in seiner berühmten Schrift „Der Kampf ums Recht“ im Jahr 1868 die Auffassung, dass der Anspruch des Shylock wegen Sittenwidrigkeit nicht bestünde. Über die genaue Begründung hat man sich jahrzehntelang diskutiert. Es wurde und wird aber allgemein als intolerabel beschrieben, dass Schulden mit „Fleisch“ bezahlt werden. Wenn es also archaisch und sittenwidrig ist, dass Schulden mit Fleisch bezahlt werden – was ist dann von den Lasten, den Einschnitten und den scharfen Sparmaßnahmen zu halten, die Griechenland und den anderen EU-Südländern auferlegt worden sind?

Die massiven Sparmaßnahmen hatten und haben besorgniserregende Folgen für die Gesundheit. Viele Menschen konnten nicht mehr ordentlich medizinisch versorgt werden, die Selbstmordraten stiegen. Ist das eine Art neues Fleischpfand, das für die Schulden bezahlt werden muss? Die EU-Troika, die nach der Wahl von des linken griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras eine Zeitlang nicht mehr Troika heißen durfte, hatte bestimmt, dass öffentliche Ausgaben für Gesundheit nicht mehr als sechs Prozent des Bruttosozialprodukts betragen sollen – mit der Folge, dass die Ausgaben für Medikamente und Gesundheitsleistungen um 25 Prozent zurückgefahren wurden. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde

04-15: Warum wir den politischen Menschen brauchen

von: Prof. Dr. Heribert Prantl (Leitender Redakteur der SZ) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

reduziert. Es wurden keine neuen Ärzte mehr eingestellt. Krankheiten breiten sich wieder stärker aus. In Griechenland kam es zu besorgniserregenden Anstiegen von HIV-Neuinfektionen, Tuberkulose und Malaria. Die Säuglingssterblichkeit nahm um 43 Prozent zu. Die Versorgung von Patienten, die nach einem Unfall oder einer Operation auf Blutkonserven angewiesen sind, war in Griechenland ohnehin seit Jahren schwierig; nun wurde sie desaströs.

Die Bevölkerung büßte für die Schulden des griechischen Staates – mit Fleisch und Blut. Wo bleibt da der „Sieg des geläuterten Rechtsbewusstseins“? Kaum ein Krankenhaus in Griechenland kann die europäischen Mindeststandards einhalten. Regelmäßig zeigt das griechische Fernsehen Bilder bettelnder und flehender alter Menschen vor Kliniken oder Apotheken in Athen oder Thessaloniki. Das waren und sind Warnbilder. Die Botschaft: Wehe dem, der in Griechenland ernsthaft krank wird. Wo bleibt da der weise Daniel, wo bleibt die Portia, die hier, wie in Shakespeares Stück, eingreift und das Schlimme verhindert? Jeder, der den „Kaufmann von Venedig“ sieht, sagt, es sei intolerabel, dass Schulden mit Fleisch bezahlt werden? Wo bleibt dieses Rechtsbewusstsein, wenn es um die Euro-Schulden geht? Sollen sie mit Leben und Gesundheit bezahlt werden? Schutzschirme sind für Banken und Euro aufgespannt worden. Aber: Gerettet wurden und werden nicht Menschen. Gerettet werden Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Machtgefüge, Wirtschaftssysteme; sie sollen überleben. Ist es nur sekundär ob und wie Menschen dabei überleben?

**Gerettet werden Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Machtgefüge,
Wirtschaftssysteme; sie sollen überleben. Ist es nur sekundär ob und wie Menschen
dabei überleben?**

Die Gesellschaften etlicher EU-Staaten sehen sich in einem Spiel, das so ähnlich funktioniert wie die „Reise nach Jerusalem“. Die Teilnehmer stellen sich dabei neben Stühlen auf, die im Kreis angeordnet sind. Sobald die Musik ertönt, laufen alle im Kreis um die Stühle herum. Wenn die Musik abbricht, muss jeder versuchen, sich möglichst schnell auf einen freien Stuhl zu setzen. Im Spiel scheidet stets einer aus, weil immer eine Sitzgelegenheit zu wenig aufgestellt ist. Im wahren Leben ist es viel schlimmer: In Spanien, Großbritannien, Italien, oder Deutschland gibt es große Unterschiede darin, wie viele Stühle aufgestellt und wie viele zu wenig sind. Und weil die Musik zu selten spielt, bleiben die sitzen, die schon sitzen und die stehen, die schon stehen. Eine mobile Gesellschaft ist das nicht. Es ist eine, in der Junge kaum Chancen haben.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben das beklemmende Gefühl, dass die EU zwar für die klassische äußere und innere Sicherheit steht, dass sie für Handel und Wandel von Vorteil ist, dass jedoch die sozialen Belange bei ihr nicht gut aufgehoben sind. Ja, es besteht die Furcht, dass im grenzüberschreitenden freien Wettbewerb, den die EU propagiert, das Soziale immer mehr unter die Räder gerät, weil das unterschiedliche Sozialniveau in den einzelnen Mitgliedsstaaten bei offenen Grenzen erstens zum Sozialdumping einlädt und zweitens zur Nivellierung der nationalen sozialen Absicherung (Tendenz nach unten) führt. Wenn es dieses Gefühl gibt, und es gibt dieses Gefühl, dann

04-15: Warum wir den politischen Menschen brauchen

von: Prof. Dr. Heribert Prantl (Leitender Redakteur der SZ) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

reicht es nicht, von den Bürgern Dankbarkeit zu verlangen dafür, dass es die Europäische Union gibt. Europa braucht nicht nur Verträge, es braucht auch das Vertrauen seiner Bürger.

Zu diesem Vertrauen kann und muss aber auch die Änderung von Verträgen beitragen – vor allem die Änderung des Lissaboner Vertrages, der dem Wettbewerbsprinzip quasi Verfassungsrang verleiht und die Konkurrenz unter den Mitgliedsstaaten festschreibt.

Weg mit allem, was dabei stört

Die sozialstaatlichen Ordnungen bröckeln und brechen, und die EU tut viel zu wenig, um sie zu stabilisieren. Die EU gründet sich, allem andere Gerede zum Trotz, nicht auf drei starke Säulen, sondern nur auf eine einzige: die Wirtschafts- und Währungsunion. Wäre die Union ein Staat, sie wäre nach der Bevölkerungszahl der drittgrößte Staat der Welt – 500 Millionen Menschen. Die meisten Menschen in Europa spüren die potenzielle Stärke dieses großen Europa nicht: Sie wollen eine Union, die ihnen hilft, die ihnen die Angst vor Arbeitslosigkeit und vor Billigkonkurrenz nimmt. Sie wollen eine Union, die eine Schutzgemeinschaft ist.

Auf solche Forderungen wird in der politischen Diskussion üblicherweise so geantwortet: Die EU sei für Freiheit und Wettbewerb da, die Nationalstaaten hätten für das Soziale zu sorgen. Die Sozialpolitik, so heißt es, gehöre nun einmal im Lichte des Subsidiaritätsgrundsatzes auf die mitgliederschaftliche Ebene. Dafür spricht in der Tat einiges. Aber eine solche Aufgabenteilung kann nicht funktionieren, wenn die EU vor allem die Vorfahrt für die Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit propagiert. Dann wird nämlich die Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten, dann werden die nationalen Sozialpolitiken als Hindernisse betrachtet, die beiseite geräumt werden müssen nach dem Motto: freie Bahn der Freizügigkeit, freie Bahn der Dienstleistungsfreiheit, freie Bahn dem Waren- und Kapitalverkehr und weg mit allem, was dabei stört.

Auf dem Papier zumindest ist die EU schon ein wenig sozial geworden: Im Artikel 3 des Lissabon-Vertrages ist nicht mehr nur von einem Europa die Rede, das auf ausgewogenes Wirtschaftswachstum und auf Preisstabilität setzt; in diesem Artikel 3 des Lissabon-Vertrages heißt es auch, dass auf eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft hingewirkt werden soll, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. In der Grundrechte-Charta der EU sind ja sogar soziale Grundrechte aufgeführt, die im deutschen Grundgesetz nicht genannt werden. Es reicht nicht, dass sie dort aufgeführt sind. Die Politik muss die Europäischen Verträge entsprechend anreichern; und der Europäische Gerichtshof muss seine sich als Hüter der europäischen Verfassung mit allen in ihr enthaltenen Rechten verstehen, insbesondere auch der sozialen.

Wie kriegt Europa Kraft? Die sozialen Grundrechte brauchen einen Hüter. Das höchste EU-Gericht in Luxemburg muss ein solcher Hüter werden. Es muss der juristische Olymp einer Union der Bürgerinnen und Bürger sein, es darf sich nicht als der juristische Olymp der weiland EWG, einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft betrachten. Die Europäische Union und ihr Gerichtshof in Luxemburg dürfen aus Europa keine Europäische Unsozial-Union machen. Das wäre fatal, das wäre zerstörerisch.

Warum? Weil der Sozialstaat, weil die Sozialstaaten in Europa eine Erfolgsgeschichte hinter sich haben. Diese Erfolgsgeschichte hat in den verschiedenen EU-Staaten verschiedene Wegmarken. In Deutschland

04-15: Warum wir den politischen Menschen brauchen

von: Prof. Dr. Heribert Prantl (Leitender Redakteur der SZ) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

hat der Sozialstaat zunächst dafür gesorgt, dass Kriegsinvalide und Flüchtlinge einigermaßen leben konnten. Dann hat er dafür gesorgt, dass auch ein Kind aus kärglichen Verhältnissen studieren konnte und später sogar Bundeskanzler werden konnte. Ohne den Sozialstaat hätte es nicht nur einmal gekracht in dieser Republik; der Sozialstaat hat soziale Gegensätze entschärft. Ohne ihn hätte es wohl auch keine deutsche Einheit gegeben. Und ohne eine gute Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte wird es keine europäische Einheit geben.

Es geht darum, die Essentialia dessen zu bestimmen, was der „soziale Fortschritt“, wie er im Lissabon-Vertrag beschrieben wird, umfassen soll. Die Menschen in Europa wollen spüren, dass diese Europäische Union für sie da ist und nicht vor allem für Banken und den internationalen Handel. Sie wollen unter Sicherheit nicht nur die innere, sondern auch die soziale Sicherheit verstehen. Dann kriegt Europa neue Kraft.

Wenn der Staat seine Aufgaben abwirft wie der Baum die Blätter im Herbst, wenn sich der Staat immer kleiner macht, dann wird auch der Bereich, den die Wähler mitbestimmen können, immer kleiner, dann hat er keine Kraft – dann kriegt auch Europa keine Kraft. Zu viel Entstaatlichung ist eine Gefahr für die Demokratie. In dem Maß zum Beispiel, in dem kommunale Versorgungsbetriebe entkommunalisiert werden, verliert die Kommune die Funktion, die sie hatte: Sie ist dann nicht mehr Schule der Demokratie, sondern Zwergschule. Gott sei Dank ist in vielen Kommunen die Zeit der Privatisierung der Daseinsvorsorge wieder vorbei. Europa freilich muss noch lernen, dass nicht alle öffentlichen Güter dem privaten Wettbewerb zum Fraß vorgeworfen werden dürfen. Und die Rechtsangleichung in Europa darf nicht unter das Motto gestellt werden, wie der Menschen noch fungibler für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit wird. Der Mensch ist nicht nur ein Homo oeconomicus, auch der Europäer nicht.

Unruhe ist etwas anderes als Randalere

Der Zorn ist eine positive Kraft. Man braucht Zorn, um schlechte Dinge zu bessern. In den zornigen Jahren des 19. Jahrhunderts entdeckten die Deutschen die Straße als den Ort des Protestes und der Veränderung, als einen Ort der Demokratie. Erbitterung und Empörung über Behörden, Majestäten und Fabrikherren machten sich Luft in Protestmärschen, Demonstrationen und Manifestationen. Die Hungrigen wogen in den Bäckereien das Brot nach; war es in Ordnung, zog man weiter, war es zu leicht, wurde es genommen und verteilt. In Hunderten von Volksversammlungen wurde über Gott und die Welt, über Straßenbau, Industrieverschmutzung und über das allgemeine Wahlrecht gestritten; die Arbeiter forderten kürzere Arbeitszeit und „anständige Behandlung“. Zusammen mit Dienstboten und Handwerksgelellten kämpften sie um ihre gesellschaftliche Anerkennung. Diese Proteste waren eine politische Volks-Schule, dort lernte man zusammen mit den Studierenden das Abc der demokratischen Rituale. Der Zorn wurde natürlich von den herrschenden Mächten diskreditiert, angeprangert, verdammt. „Unruhe“ wurde zum Gift erklärt.

Unruhe ist aber etwas anderes als Randalere. Unruhe ist nicht Polit-Hooliganismus. Es gibt sozialverträgliche, voranbringende Formen der Unruhe – Unruhen also, die nichts anderes sind als der Plural von Unruhe; die innere Unruhe über gesellschaftliche Missstände wird dann von vielen auf die Straße getragen. Die gewalttätigsten Zeiten waren in Deutschland aber nicht die, in denen es unruhig war, sondern die, in der keinerlei Unruhe geduldet wurde. Unruhe ist ein innerer Vorgang, der sich in Unruhen

04-15: Warum wir den politischen Menschen brauchen

von: Prof. Dr. Heribert Prantl (Leitender Redakteur der SZ) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

auskehrt, versammelt und öffentlich bemerkbar macht. Unruhen sind nicht per se gewalttätig, wie es die Autoritäten glauben machen wollen. Das war 1832 nicht so, als die unruhigen Bürger demonstrierend aufs Hambacher Schloss zogen. Das war 1848 nicht so, als die wildesten Aktionen nicht etwa die Erstürmung von Rathäusern und Fabriken waren, sondern die Veranstaltung von Katzenmusiken vor dem Haus von Politikern und Fabrikherren. Das war auch 1989 nicht so, als die Bürgerinnen und Bürger der DDR sich ihre Freiheit erkämpften und das verwirklichten, was schon die Revolutionäre von 1848 gewollt hatten: Einheit in Freiheit.

Es kann der Zorn sein, der die Kraft gibt, eine etwas bessere Welt zu schaffen – und möglichst damit bei sich selber anzufangen. Zorn ist der Anfang für eine bessere Welt und nicht lediglich die Voraussetzung für den Anfang; denn wer zornig ist, hat den naiven Glauben schon verloren, dass etwas „alternativlos“ sei, wie es die Politik so oft sagt; und das ist das Entscheidende.